

PRESSEMELDUNG

9.11.2020

Aufstockung von Garagen / Schaffung von neuem, günstigen Wohnraum**Dr. Anemone Bippes: Mit neuen Wegen Wohnraummangel begegnen**

Zur Bekämpfung des massiven Wohnraummangels in der Region fordert die Vorsitzende der Mittelstandsunion (MIT) Baden-Baden / Rastatt neue Wege. „Wir brauchen vor allem günstigen Wohnraum, um Städte wie Baden-Baden weiterhin für Menschen auch mit kleinen Einkommen attraktiv zu halten. Um dem Mangel an Wohnraum erfolgreich zu begegnen, gibt es nicht den einen Weg. Wir müssen das Problem umfassend angehen und dabei auch neue Wege gehen“, so Dr. Anemone Bippes, die auf ein vielversprechendes Pilotprojekt in Karlsruhe verweist.

Vor allem in den 60er und 70er Jahren des zurückliegenden Jahrhunderts wurden Garagenzeilen gebaut. Erst später setzten sich Tiefgaragen mehr und mehr durch. Diese Garagen können mit günstigen Appartements in leichter Holzbauweise aufgestockt werden. Für die Karlsruher Wohnungsbaugesellschaft Volkswohnung ist das Pilotprojekt in Rintheim ein vielversprechendes Leuchtturmprojekt. Dort sollen Garagenzeilen mit insgesamt zwölf Ein- und Zweizimmerwohnungen aufgestockt werden. Die Wohnungen sollen 30 bis 45 Quadratmeter groß sein. Überall dort, wo es das Baurecht zulässt und wo tragfähige Garagen oder Werkstätten vorhanden sind, könnten neue Wohnungen entstehen. Private Immobilieneigentümer sollten ermuntert werden, neuen, günstigen Wohnraum zu schaffen. Das Land fördert das Pilotprojekt in Karlsruhe mit 700.000 Euro. „Unter Umständen müssen teilweise veraltete Bebauungspläne durch die Behörden entsprechend angepasst werden, um das Baurecht zu sichern. Ich würde mich freuen, wenn auch in Städten wie Baden-Baden und Rastatt geprüft werden könnte, ob und wo Garagen bebaut werden könnten“, so Dr. Anemone Bippes.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) – vormals Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU – ist mit rund 25.000 Mitgliedern der größte parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. Die MIT setzt sich für die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und für mehr wirtschaftliche Vernunft in der Politik ein.